

DEUTSCHLAND=UNION=DIENTST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postcheckkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

Nr. 3/3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 6. Januar 1949

Seite 1

Die Informationen des Tages:

Sozialpolitik

Die CDU-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz beantragte im Landtag die Weiterzahlung der Renten der im Lande Rheinland-Pfalz wohnenden Knappschaftsrentenempfänger der früheren Lothringer Knappschaft sicherzustellen.

Innenpolitik

Der Badische Landtag beschloß mit den Stimmen der CDU und der DP die Einführung eines staatlich durchgeführten und beaufsichtigten Sportwettbewerbs, dessen geschätzter Reingewinn von DM 800000.- jährlich zur Unterstützung der Sportverbände, der Jugendpflege und für Zwecke der Flüchtlingsbetreuung und verwendet werden soll.

Personelles

Brüning hat nicht die Absicht, nach Deutschland zurückzukehren, glaubt aber, daß er seinem Vaterlande in Amerika dank seiner Verbindungen von großem Nutzen sein könne, erklärte der zweite Vorsitzende der Bremer CDU, Ernst Müller-Hermann, nach seiner Rückkehr aus den USA.

Flüchtlingswesen

Zehn Prozent der insgesamt 5677 in Hessen tätigen Ärzte sind Flüchtlinge. Bei den Zahnärzten beläuft sich der Anteil auf 9,9 und bei den Dentisten auf 14,5 Prozent. Dies teilt der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen in Hessen mit.

Sozialpolitik

Der Landtag von Rheinland-Pfalz verwies einen Antrag der CDU-Fraktion, der eine Sicherung der Niederlassungsfreiheit der Ärzte, Zahnärzte und Dentisten im Rahmen der landesverfassungsrechtlichen Grenzen vorsieht, an den Sozialpolitischen Ausschuß. Der Antrag strebt weiterhin eine gesetzliche Regelung des Niederlassungsrechtes für Ärzte an.

Sozialpolitik

Im Badischen Landtag wurde ein Antrag der CDU einstimmig angenommen, der die Gleichstellung der Notunterstützung für Familien, deren Ernährer noch in Kriegsgefangenschaft sind, mit den Sätzen der Verwitbtenrente vorsieht.

Innenpolitik

CDU und SPD im Hessischen Landtag einigten sich darauf, daß außer dem Befreiungsministerium zwei weitere Ministerien in Hessen am 31. März d. J. aufgelöst werden. Das Kabinett wird dann nur noch aus vier Ministern und dem Ministerpräsidenten bestehen, der selbst ein Ministerium übernimmt.

SPD

Ein weißer Rabe?

=====

"Wer aus politischen Gründen nicht zugeben will oder darf, daß sich unsere Lage politisch, wirtschaftlich und sozial entspannt hat, den werden wir nie überzeugen!"

Diesen lapidaren Satz sprach nicht etwa ein CDU-oder CSU-Abgeordneter des Wirtschaftsrates, sondern der hessische Ministerpräsident Christian Stock in seiner Rundfunkansprache zum Jahreswechsel. Christian Stock ist nicht irgendwer, er ist ein angesehenes Mitglied der SPD, jener Partei also, die im vergangenen Sommer im Wirtschaftsrat einen Mißtrauensantrag gegen Prof. Dr. Erhard einbrachte, die den Übergang zur sozialen Marktwirtschaft als einen Todessprung ins kalte Wasser und als die Tat eines Wahnsinnigen bezeichnete, und die bis in die letzten Wochen hinein einen wilden Sturm gegen die CDU/CSU und ihren Frankfurter Wirtschaftskurs entfesselte. Ministerpräsident Christian Stock - ein weißer Rabe?

SPD

Der Befähigungsnachweis

=====

Professor Dr. Ludwig Preller, derzeit SPD-Minister für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein, schrieb in der von ihm (neben F. Sitzler) während der nationalsozialistischen Zeit redigierten Zeitschrift "Soziale Praxis", 49. Jahrgang, 23. Heft, einen namentlich gezeichneten Leitartikel unter dem 1. Dezember 1940 mit der Überschrift "Wofür wir kämpfen". In diesem Aufsatz hieß es unter anderem:

"Wenn Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so schließen diese anderen Mittel für die ingenieure Staatskunst des Führers jedenfalls diplomatisches und wirtschaftliches Vorgehen nicht aus. ... Das kraftvollere Wirtschaftspotential ist heute unbestritten bei den Achsenmächten. Und daß eine Rohstoffsicherstellung dieser Art eine Verknötung militärischer, diplomatischer sowie binnen- und außenwirtschaftlicher Fäden fordert, hatten wohl Adolf Hitler und Mussolini, nicht aber die demokratischen Mächte erkannt. ... Der deutsche Arbeiter begreift ... ohne viel Worte, daß er gegenwärtig seine Pflicht wie der Soldat ohne Rücksicht auf die Schwere und Dauer seiner Tätigkeit zu erfüllen hat. ...

Aus dem großen Sozialprogramm, dessen auf Befehl des Führers schon weit vorgeschrittene Inangriffnahme Dr. Ley in diesen Wochen verkünden konnte, schälen sich drei Gruppen. ... Wer in diesem großen und in seiner Konzeption wahrhaft kühnen Programm lediglich so etwas wie den "Dank der Nation" sehen wollte, würde die innere Idee des Sozialwerkes völlig verkennen. Es handelt sich ... um die Sichtbarmachung des sozialistischen Wesenskernes des deutschen Volksstaates. Es ist daher auch kein Zufall, daß der Organisationsleiter der Partei Kündler und Träger des Programms ist, daß dieses jenseits der ministeriellen Sphäre im politischen Willen seine Grundlage findet. ... Der Tag des Sieges wird ... einen grundlegenden neuen Abschnitt der sozialistischen Gestaltung des deutschen Volksstaates einleiten."

Prof. Dr. Preller hat selbst die antifaschistische SPD zu überzeugen vermocht, daß er auch anders kann!

KPDKommunist Reimann droht!

Der Führer der westdeutschen Kommunisten, Reimann, hat den 30. Jahrestag der Gründung der KPD in Düsseldorf zum Anlaß genommen, einige bemerkenswerte Erklärungen von sich zu geben. Was lag näher, als daß er seine Rede mit dem konzentrierten Haß gegen das Ruhr-Statut würzte? Auf dem wirkungsvollen Hintergrund einer orgiastischen Agitation, die die KPD im ganzen Rhein-Ruhr-Revier entfesselt hat, drohte Reimann allen Deutschen schärfste Repressalien an, die mit den Besatzungsmächten arbeiten. Er nannte diese Deutschen "Quislinge" und sagte: "Wir werden uns später mit ihnen befassen!"

Wir nehmen diesen Wutausbruch gelassen zur Kenntnis und wenden uns der zweiten Erklärung Reimanns zu, derzufolge die KPD der drei Westzonen sich organisatorisch von der SED getrennt habe, da der bolschewistische Kampf in Westdeutschland eine andere Kampfweise erfordere als in der Ostzone. In der Zielsetzung bleibe dagegen die KPD der SED auf Gedeih und Verderb verbunden. - An der letzten Auslassung haben wir nie zu zweifeln gewagt. Nach dem Bergrutsch, den die KPD bei den westdeutschen Wahlen in den vergangenen Wochen erlitten hat, verkriecht sie sich jetzt in die Maulwurfsgänge der unterirdischen Wühlarbeit. Glaube aber niemand, daß sie deshalb weniger eifrig und weniger gefährlich sei!

InnenpolitikDie politische Säuberung baut ab.

Die Durchführung der Gnadenmaßnahme nach Verordnung 133/165 hat nun auch in Rheinland-Pfalz den Weg freigelegt für die beschleunigte Inangriffnahme und Erledigung der Verfahren gegen die noch nicht abgeurteilten Hauptschuldigen und Belasteten. Diese Verfahren werden jetzt mit Nachdruck durchgeführt. Damit geht die politische Säuberung in den nächsten Monaten ihrem Ende entgegen.

Durch die Festsetzung eines letzten Meldetermins für alle Betroffenen sind so zahlreiche Nachmeldungen von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen eingegangen, daß der endgültige Abschluß der Arbeiten dadurch um einige Zeit verzögert wird. Immerhin hat es sich ermöglichen lassen, zum 31. Dezember 15 Untersuchungsausschüsse aufzulösen. Die übrigen Untersuchungsausschüsse werden spätestens zum 31. März 1949 ihre Arbeit abgeschlossen haben. In den Regierungshauptstädten Koblenz, Mainz, Trier und Montabaur bleibt dann je ein Untersuchungsausschuß bestehen, der auch die noch übrig bleibenden Abwicklungsarbeiten von den aufgelösten Untersuchungsausschüssen zu Ende führt. Die Spruchkammer I. und II. Instanz in den genannten Städten führen unter verstärktem Einsatz in den nächsten Monaten die Arbeiten zu Ende. Das gleiche trifft für die Eisenbahn-Spruchkammern in Trier und Mainz und die Spruchkammer für das Internierungslager in Trier zu, während die Spruchkammer für die Universität Mainz bereits zum 31. Dezember 1948 aufgelöst wurde.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinestr. 64.
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M. I/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.